

Kommentar

Alexandra Riegler

Ende mit Würde



Wenn Ehen schwierig werden, ist man im besten Fall der gegenseitigen Nettigkeiten müde. Kommt es schlimmer, spricht man nicht mehr miteinander, schlägt sich und lebt die Hölle auf Erden.

Ihr Jawort gefeiert haben sie alle davor, und sie wollten sich fortan nur von der besten Seite zeigen: Es wird ein neues Leben angefangen, wenn geheiratet wird. Doch Hoffnung schützt vor Schaden nicht.

Wenn der Versuch beginnt, eine Ehe zu beenden, sollte man sich tunlichst nicht im

US-Bundesstaat New York aufhalten. Während die Scheidung in anderen Landesteilen vergleichsweise kurz und schmerzlos vonstatten gehen kann, setzt man in New York gesetzlich verordnete Dreckschlachten ein, um Ehen zu trennen: Allen Scheidungswilligen wird weiterhin die Zuweisung einer Schuld abverlangt. Damit beginnt der große Schmerz erst, wenn er sich eigentlich dem Ende zuneigen sollte. Eines der strengsten Gesetze im Land drängt unter Eid stehende Personen bisweilen in die Lüge, weil manchmal kein anderer Ausweg mehr gesehen wird, um eine Schuld aufzutreiben, die es nicht gibt.

Das National Bureau of Economic Research rechnet vor, dass rasche und damit auch einvernehmliche Ehescheidungen Selbstmordraten und eheliche Gewalt senken. Die National Organization of Women rechnet vor, dass einvernehmliche Scheidungen Frauen in die Armut treiben, weil diese ungleich seltener den vormals gemeinsamen Wohnsitz zugesprochen bekommen.

Es mag taktisch klug oder lediglich eine Notlösung für ein vertracktes System sein: Es ist völlig menschenunwürdig, eine Ehe nur über einen solchen Ausnahmezustand beenden zu können. Gewisse Lockerungen würden dem Bund nicht an Bedeutung nehmen, sondern ihm Würde verleihen. Dann, wenn dieser sie am nötigsten braucht.

Beatrix Beneder

Hochzeit ohne Kirche



Arme Atheisten! Keine Taufe, keine Firmung, keine Hochzeit, nur beim Begräbnis darf man eine tragende Rolle spielen. Warum nur bleibt allein den Gläubigen die große Party?

Versuche im Dritten Reich und in der DDR, säkulare Ersatzrituale für die religiöse Liturgie zu finden, sind entweder gescheitert oder schlecht angesehen. Aus der Hochzeitszeremonie eine „Feier der Partnerschaft“ oder „freie Trauung“ zu machen, geht in diese Richtung. Doch der Pathos eines kirch-

lichen Trauversprechens muss erst einmal getroffen werden: „Ich nehme dich als meine(n) Ehefrau/-mann aus Gottes Hand. Ich will dich lieben, achten und ehren, dir vertrauen und treu sein. In guten wie in schlechten Zeiten.“

Abgesehen vom dramaturgischen Ablauf bietet die Kirchenfeier einen würdigen Rahmen, daran kommt nur der Trausaal des Schlosses Mirabell heran. Die meisten Standesämter hingegen versprühen den spröden Charme ausgedienter Amtsstuben, da hilft selbst der prächtigste Blumenschmuck wenig. Eine berührende Hochzeit braucht Trauzeugen. Idealerweise wären sie die Mediatoren der Ehe, die einem nicht nur bei der Zeremonie, sondern auch in den Krisenzeiten zur Seite stünden. Es muss nicht das halbe Dorf sein, aber eine Hochzeitsfeier im engsten Familien- und Freundeskreis widerspricht dem öffentlichen Gedanken der Veranstaltung, schließlich ist die Ehe ein gemeinschaftsstiftendes Ritual.

Mit der „Erforschung und Erschaffung von Ritualen und Zeremonien“ beschäftigt sich gleichnamiges Wiener Institut. Bekannt geworden durch die Initiative „Permanent Breakfast“, die zum öffentlichen Frühstück einlädt. Ach ja – das Hochzeitsessen ist natürlich auch noch ganz wichtig.

Der Zwang zur Liebe

Politiker sollten eigentlich Vorbild für die Bürger sein. Dass die Große Koalition derzeit eher einer Zwangsehe als einer Liebesheirat gleicht, ist bitter – angesichts der dringend zu lösenden Aufgaben.

Thomas Jäkke

Es vergeht so gut wie kein Tag, an dem nicht in der Großen Koalition der eine Partner dem anderen indirekt mitteilt, dass er ihn eigentlich nicht will. Fast wie im richtigen Leben, wenn zwei ungleiche Partner nicht voneinander lassen wollen, weil sie etwa Angst vor dem Scheidungsanwalt und dem Danach, Angst vor dem Alleinsein oder Angst vor der Missachtung durch die Gesellschaft haben.

Einen großen Unterschied gibt es schon: Die Politik missachtet ihren Auftrag, den sie vom Wähler erhalten hat. Und der heißt konkret: das Land weiterzubringen, den Aufschwung zu nutzen, damit Wirtschaft, Forschung oder Bildung befähigt werden.

Zu Themen wie Migration, der älter werdenden Gesellschaft, der eingetragenen Partnerschaft und Homo-Ehe, der Unterstützung alleinerziehender Mütter, wie sich der Staat und die Gesellschaft modern und nicht mit einem rückwärtsgewandten Familienbild in den kommenden Jahren aufstellen wollen sowie Hochschulzugang und Lehre erwarten die Menschen in dem zu den reichsten Ländern der Welt zählenden Österreich Vorschläge. Oder drehen wir es einmal um: Was macht der Staat, damit ich für die Gesellschaft Höchstleistun-

gen erbringen kann? Eine Ansage, die im Übrigen von vielen geteilt wird. Auch von Wissenschaftlern. Der Neoliberalismus der vergangenen zehn Jahre hat offenbar so richtig reiche Früchte nur für einen ohnehin schon reichen Teil der Gesellschaft gebracht.

Es klingt banal, aber den Aufschwung zu nutzen, um positive Stimmung zu versprühen, Menschen zu ermuntern statt mit Geplänkel zu demotivieren, würde den Männern und Frauen in der Politik gut zu Gesichte stehen, anstatt sich schmollig immer wieder in den Schmollwinkel der Republik zu stellen, und sich zu beschweren, dass der andere nur Böses im Schilde führt.

Das Führungsproblem

Die jüngsten Vorfälle rund um die Eurofighter zeigen geradezu auf eindrucksvolle Weise, wie verfahren die Lage in der rot-blauen Regierung ist. Verteidigungsminister Norbert Darabos ändert im Alleingang den Vertrag mit den Eurofightern. Postwendend erscheinen in den Zeitungen Aufrufe mit den gebrochenen Versprechen der SPÖ. Die ÖVP bekräftigt, natürlich nichts, aber auch gar nichts mit der Kampagne zu tun zu haben. Sollen diese kindlichen Animositäten noch fast weitere vier Jahre andauern? Bei Unternehmen mit derartigen Unstim-

migkeiten in der Führungsriege würde man von einem massiven Führungsproblem sprechen.

Die Zeit mit einem permanenten Wahlkampf und Fouls zu vergeuden, ist zu schade. Gegenüber dem Wähler ist es im Grunde ein Signal, dass man seinen Auftrag nicht ernst genug nimmt. Jedes kleine Scharmützel bremst und bringt nichts. Nichts für die Parteien, sie haben lediglich ihr Ego befriedigt, und nichts oder nur wenig wird für die Gesellschaft geleistet, der man zu allem Überduss ja inständig das Bild vorzeigt, eine hintertriebene Partnerschaft zu leben.

Es gibt für die Regierungsparteien einen Ausweg: Wenn es so unerträglich mit dem anderen wird, dann sollte man sich schleunigst auf Neuwahlen einigen. Nur: Wer will mit einem BZÖ regieren, das aus Kärnten die ganze Welt mit einer unsäglichen Ortstafel-Diskussion verschmutzt? Wer will mit einer rechtspopulistischen FPÖ ins Boot steigen, die sich permanent über Xenophobie, Panikmache und eine unsägliche Deutschtümelei definiert? Und mit den Grünen allein wird es sich halt rechnerisch nicht ganz so ausgehen.

Die Alternativen sind klar: die Themen anpacken und endlich etwas tun. Eine rot-schwarze Liebesheirat hatte ohnehin niemand erwartet.

Karikatur der Woche



Zeichnung: Kilian Kada